Pressespiegel

Ausgabe: 27.03.2017

Niederrhein DGB

ZITAT DES TAGES

„Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen muss schleunigst angegangen werden."

Karina Pfau, neue Bezirksverbands-Vorsitzende der IG Bau

WAZ DU 27.03.2017

IG Bau wählt Karina Pfau an die Spitze

Die 40-Jährige ist neue Vorsitzende des Bezirksverbandes Duisburg-Niederrhein

Von Johannes Bansner

Mehr als 7000 Duisburger Arbeitnehmer gehören der IG Bau an – der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt. Darunter Maler, Dachdecker und Gebäudereiniger. Die Arbeiter-Vertreter stimmten am vergangenen Samstag beim Bezirksverbandstag in Walsum über einen neuen Vorsitzenden ab. Zudem stellte der stellvertretende Bundesvorsitzende, Harald Schaum, die politische Marschroute im Super-Wahljahr 2017 vor.

Friedhelm Bierkant war zwölf Jahre Vorsitzender des IG-Bau-Bezirksverbandes Duisburg-Niederrhein. Er stellte sich nicht mehr zur Wahl. Aber ein Ende seines Engagements für die Arbeiter ist nicht in Sicht: „Wir haben für mehr Rente und den Mindestlohn gekämpft und werden auch weiterhin für Verbesserungen kämpfen", sagte der scheidende Vorsitzende. In der Tarifrunde für das Baugewerbe und der Gebäudereinigung habe man einen erhöhten Mindestlohn durchgesetzt. Anfang März hat der Bezirksverband in Person

Karina Pfau ist die neue Bezirksverbandvorsitzende der IG Bau in Duisburg. Ihr gratulierte auch der stellvertretende Vorsitzende Klaus Brunken. FOTO: TANJA PICKARTZ

von Bierkant außerdem das Thema Infrastruktur neu aufgerollt. Per „Schlagloch-Melder" konnten die Autofahrer Schäden und Mängel auf niederrheinischen Straßen online melden und somit den Druck auf die Straßenbehörde erhöhen. „Gemeldete Schäden werden direkt und unverzüglich an die zuständige Straßenbau-Behörde weitergeleitet", erklärte der Ex-Vorsitzende.

Auf Bierkant folgt nun die Moerserin Karina Pfau. 35 von 38 Stimmen erhielt sie bei der Wahl und ist neue Bezirksverbands-Vorsitzende mit Prioritäten: „Es gibt an vielen Stellen Probleme, aber die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen muss schleunigst angegangen werden", sagte die 40-Jährige. Zudem müsse man wieder das Interesse der Jugend an Handwerksberufen wecken, so Pfau, die seit 2010 Mitglied in der IG-Bau ist. „Wir brauchen ja nicht nur studierte Leute, die Häuser planen, sondern auch Leute, die das Haus bauen können."

„Wir schauen uns die Parteiprogramme für die Landtagswahl NRW und die Bundestagswahl natürlich ganz genau an", sagte Harald Schaum, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG-Bauen-Agrar-Umwelt. „Wir fordern: Ausbau vom sozialen Wohnungsbau, eine Lösung für unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit oder Mini-Jobs sowie eine Änderung der gesetzlichen Rente." Das österreichische Modell gegen Altersarmut könne als Vorbild dienen, so Schaum. „Da zahlen auch Beamte, Rechtsanwälte und Reiche ein. So könnte das Rentenniveau steigen."

Die IG-Bau vertritt 270 000 Mitglieder bundesweit und ist die fünftgrößte Einzelgewerkschaft im deutschen Gewerkschaftsbund.

WAZ DU 27.03.2017

Pressespiegel

Ausgabe: 27.03.2017

Niederrhein DGB

Fliesenlegerhandwerk und IG BAU fordern Wiedereinführung der Meisterpflicht!

24.03.2017
„Die Abschaffung der Meisterpflicht im Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerk wie in vielen anderen Baubereichen (Betonstein - Terrazzo / Estrichleger-Handwerk) war eine Fehlentscheidung mit fatalen Folgen, insbesondere aber einem großen Imageverlust, da die Qualität der Dienstleistung in Verruf geraten ist. Eine fachgerechte und qualitativ hochwertige Handwerksleistung kann nur durch gut ausgebildete Fachkräfte gewährleistet werden."

Mit diesen Worten wandten sich der Vorsitzende des Fachverbandes Fliesen und Naturstein im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, Karl-Hans Körner, und der Stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Dietmar Schäfers, in einem gemeinsamen Schreiben an die Generalsekretäre der im Bundestag vertretenen Parteien und forderten gleichzeitig die Wiederaufnahme des Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerks in die Anlage A der Handwerksordnung.

Mit der Reform der Handwerksordnung 2003/2004 wurde unter anderem im Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerk die Meisterpflicht aufgehoben. Die Politik erhoffte sich seinerzeit durch die Deregulierung einen Wachstumsschub für das Handwerk und nachhaltig mehr Beschäftigung. Diese positiven Effekte blieben jedoch aus.

Zwar stieg nach der Aufhebung der Meisterpflicht die Zahl der Betriebe von 12.401 Betriebe in 2004 auf 71.142 Betriebe in 2015 stark an, da sich nunmehr jeder ohne Nachweis einer Qualifikation als Fliesenleger selbständig machen konnte. Dennoch kam es in der Folge zu einem Einbruch der Ausbildungszahlen von 3.029 Auszubildenden im Jahr 2004 auf 2.209 Auszubildenden im Jahr 2015 (- 27 Prozent). Gleichzeitig sank die Zahl der Meisterprüfungen in diesem Zeitraum von 423 auf nur noch 114 bestandene Prüfungen (- 73 Prozent).

Viele dieser neu gegründeten Betriebe sind Ein-Mann-Betriebe und verdingen sich als Scheinselbstständige auf deutschen Baustellen. Aufgrund ihrer Dumpingpreise und des damit verbundenen Wettbewerbsdrucks sind viele Arbeitsplätze verloren gegangen und alteingesessene Betriebe vom Markt verschwunden. Um auch nur annähernd Wettbewerbsgleichheit herzustellen, fordern Körner und Schäfers, die soziale Absicherung von Solo-Selbständigen durch Ausweitung der Rentenversicherungspflicht zu verbessern.

„Eine fachgerechte und qualitativ hochwertige Handwerksleistung kann aber nur durch gut ausgebildete Fachkräfte gewährleistet werden. Nur so kann auch sichergestellt werden, dass Verbraucher für ihr Geld fachgerechte Leistungen erhalten. Ein entsprechendes Angebot von Meisterleistungen und von gut ausgebildeten Fachkräften wird es aber nur nachhaltig geben, wenn wir zur Meisterpflicht im Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerk zurückkehren", so Körner und Schäfers abschließend.

Lokalkompass

Pressespiegel

Ausgabe: 27.03.2017

Niederrhein DGB

60 Jahre Römische Verträge: EU muss wieder sozialer werden

Frankfurt am Main, 24.03.2017
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) setzt sich für ein starkes, solidarisches und demokratisches Europa ein. Anlässlich des morgen gefeierten 60. Jahrestages der Römischen Verträge gibt es vielerorts Pro-Europa-Kundgebungen. Die IG BAU ruft ihre Mitglieder dazu auf, sich daran zu beteiligen.

„Wir werden Europa weder den Engstirnigen und rückwärtsgewandten Nationalisten überlassen noch neoliberalen Ideologen. Es gibt eine Mehrheit, die sich ein einiges Europa wünscht, in dem die Menschen friedlich und solidarisch zusammenleben und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Diese Mehrheit muss auf Plätzen und Straßen sichtbar werden“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Die Krisen haben eine Veränderung in der EU in Gang gesetzt, die wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitgestalten wollen. Lange wurden unsere Warnungen und Forderungen nicht ernst genug genommen. Politiker wie auch Verwaltungsbeamte müssen jetzt endlich lernen, dass nicht jeder, der an Brüssel Kritik übt, deswegen schon ein Antieuropäer ist.“

Die IG BAU fordert, die Menschen wieder in den Mittelpunkt der EU-Politik zu stellen. Das bedeutet ein Ende der völlig überzogenen Sparpolitik, den Stopp des Sozialabbaus und ein Ende des Dumpingwettbewerbs auf dem Rücken der Beschäftigten.

„Die Ängste der Menschen in der EU sind nicht einfach aus der Luft gegriffen. Sie haben reale Ursachen“, sagte Feiger. „Viele EU-Politiker machen es sich zu einfach. Sie zeigen auf nationale Politiker, die Brüssel kritisieren und behaupten, deshalb sei die EU bei den Menschen unbeliebt. Solche Überheblichkeit wollen und können wir uns nicht mehr leisten. Deshalb ist es gerade an einem Tag wie dem 60. Jubiläum der Römischen Verträge wichtig, für ein freies, offenes und soziales Europa Flagge zu zeigen.“

Lokalkompass

Altersgerechter Umbau gegen „graue Wohnungsnot“

Duisburg und am Niederrhein: 1222 Mal Fitmachen von Senioren-Wohnungen gefördert

Bessere Chancen, in den eigenen vier Wänden alt zu werden: Es werden deutlich mehr Senioren-Wohnungen in Duisburg und am Niederrhein gebraucht, stellt die IG Bauen-Agrar-Umwelt fest. Andernfalls drohe eine „graue Wohnungsnot“. Denn: „Die Stadt und Kreise werden älter. Im Jahr 2035 werden hier bereits rund 359600 Menschen leben, die zur ‚Generation 65plus‘ gehören“, sagt Friedhelm Bierkant. Der Bezirkschef der IG BAU Duisburg-Niederrhein beruft sich dabei auf eine Regional-Untersuchung zur „Wohnsituation im Alter“ vom Pestel-Institut in Hannover.

Viele dieser Menschen seien dann auf eine altersgerechte Wohnung angewiesen – ohne Barrieren. „Das bedeutet, dass man keine Treppenstufen mehr gehen muss und mit einem Lift in die Wohnung kommt“, so Bierkant. Die Senioren-Wohnungen sollten Türen haben, durch die ein Rollator oder Rollstuhl passe. Ebenso eine schwellenfreie Dusche. Das „Senioren-Sanieren“ ganzer Wohnhäuser liege „voll im Trend“. Im vergangenen Jahr habe die staatliche KfW-Förderbank genau 1222 Mal den altersgerechten Umbau von Wohnungen in Duisburg und am Niederrhein unterstützt. Dafür flossen Fördergelder in Form günstiger Kredite oder direkter Zuschüsse.

„Dennoch bleibt noch viel zu tun. Und jede Sanierung lohnt sich. Übrigens nicht nur beim Senioren-Wohnen. Auch junge Familien können davon profitieren: Wo heute ein Kinderwagen durch die extra breite Zimmertür rollt, da passt dann in vierzig Jahren auch ein Rollator durch“, sagt Friedhelm Bierkant. Es komme darauf an, rechtzeitig vorzubeugen. Der Bezirksvorsitzende weiter: „Es kann nicht sein, dass ältere Menschen nur deswegen ins Heim müssen, weil sie zu Hause keine seniorengerecht ausgebaute Wohnung haben.“

Von den gesamten Kosten für den altersgerechten Umbau, die gefördert werden können, zahlt die KfW immerhin bis zu 12,5 Prozent als direkten Zuschuss – maximal 6.250 Euro pro Wohneinheit, so die IG BAU. Mehr Informationen über die KfWFörderung beim altersgerechten Umbau gibt es für Mieter, Haus- und Wohnungseigentümer im Internet:

www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilien/Barrierereduzierung

Lokalkompass

Pressespiegel

Ausgabe: 27.03.2017

Niederrhein DGB

Minijobs dürfen nicht zur Falle werden

Frankfurt am Main, 23.03.2017
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert Minijobs in die sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen. Jede geleistete Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig sein. Anlässlich der heute vom NRW-Arbeitsministerium vorgestellten Minijob-Studie sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Ulrike Laux: „Das Experiment einen ganzen Arbeitsbereich aus der sozialen Sicherung auszuklammern, ist gescheitert. Mit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist zwar die Bezahlung etwas besser geworden. Doch besteht weiterhin enormer Wildwuchs und es gibt gravierende Nachteile für Minijobberinnen und Minijobber. Die Politik muss hier gegensteuern und die Rahmenbedingungen so ändern, dass auch Beschäftigte mit Minijob ab der ersten Arbeitsstunde vernünftig sozial abgesichert werden."

Minijobber sind nicht automatisch krankenversichert und erwerben keine Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung. Oftmals wird auf die gesetzliche Rentenversicherung verzichtet. Ein Grund dafür sind die in der Regel sehr niedrigen Stundenlöhne. Beschäftigte brauchen ihren Verdienst vollständig, um über die Runden zu kommen.

Laux sagte weiter: „Es ist offensichtlich, dass sich das Versprechen auf eine unkomplizierte Berufsrückkehr oder einen Einstieg in sozialversicherte Arbeit über Minijobs nicht bewahrheitet hat. Im Gegenteil: Minijobs werden zur Falle. Überproportional davon betroffen sind Frauen, die rund zwei Drittel der Minijobbenden stellen. Sie arbeiten häufig weit unter ihrer Qualifizierung und werden nicht selten wie Arbeitnehmerinnen zweiter Klasse behandelt. Statt vom Arbeitgeber gefördert und weiterqualifiziert zu werden, gelten sie als austauschbar. Ihre beruflichen Kenntnisse bleiben deshalb nicht auf dem aktuellen Stand. Ihnen droht Dequalifizierung, was wiederum ihre Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt verschlechtert."

Nach der Studie hat fast jede vierte Frau und sogar annähernd die Hälfte der Männer einen Minijob im Nebenerwerb. „Niemand darf zu einem Zweitjob gezwungen sein, weil das Einkommen nicht für ein gutes Leben reicht", sagte Laux. „Wir wollen deshalb gute Tarifverträge für alle Beschäftigten, die ihnen faire Löhne und eine vernünftige Absicherung im Berufsleben wie später in der Rente garantieren."

Lokalkompass